

(Beifall bei den Koalitionsfraktionen)

Auch können wir Bedenkllichkeiten, im Ausland mißverstanden zu werden, nicht vorbehaltlos zustimmen. - Das geht an die Adresse vom Herrn Außenminister. - Den Willen erklären, ist das eine. Niemand hat gesagt, daß der Wille erzwungen werden soll.

(Beifall bei CDU/DA, DSU und Liberalen)

Jeder kennt einen Spruch. Und damit will ich sagen, daß wir als Liberale auf diesen Vorgang weiter Augenmerk haben werden: Drum prüfe, wer sich ewig bindet.

(Heiterkeit bei der Opposition - Beifall)

Aber, meine Damen und Herren, der Spruch heißt nicht: Es prüfe ewig, wer sich bindet.

(Heiterkeit und Beifall bei den Koalitionsfraktionen und DBD/DFD)

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner:

Herr Abgeordneter Ortleb, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

(Schulz, Bündnis 90/Grüne: Haben Sie geheiratet, daß Ihnen jetzt gratuliert worden ist?)

(Prof. Dr. Ortleb, Die Liberalen: Nein, nein, Herr Schulz, ich hatte schon.)

Sie haben eine Frage, Herr Minister? - Bitte.

Meckel, Minister für Auswärtige Angelegenheiten:

Sie sprachen von Bindungen, Herr Ortleb. Wir sind gebunden, und zwar sind wir gebunden an die Vier-Mächte-Rechte und -Verantwortlichkeiten; denn wir stehen unter diesen und wollen in den 2-plus-4-Verhandlungen diese ablösen, es ist wichtig, daß wir vorher diese Fragen geklärt haben, bevor der Artikel 23 angewendet wird.

(Nicht zu verstehender Zuruf - Vereinzelt Beifall)

Ich frage Sie: Glauben Sie, daß durch eine schnelle Anwendung des Artikels 23 sofort dies so berücksichtigt wird, daß es den Konsens aller am Tisch von 2-plus-4-Sitzenden findet?

Prof. Dr. Ort leb (Die Liberalen):

Antwort A: Ich hatte im Disput in gewissem Sinne mit Herrn Weiß bisher schon die Variante als Harakiri bezeichnet. Ich brauche das nicht weiter zu erläutern. Der Anwurf gegen Sie hatte einen anderen Grund. Ich hätte gern, daß Sie sachliche Bedenklichkeit und bedenkliche Sachlichkeit nicht verwechseln. - Danke.

(Beifall bei den Liberalen)

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner:

Als nächster spricht für die Fraktion der PDS der Abgeordnete Modrow.

Dr. Modrow für die Fraktion der PDS:

Meine Damen und Herren! Die demokratische Umwälzung in unserem Land begann mit dem Bewußtsein, tiefgreifende Veränderungen zu erreichen und eine demokratische Republik Deutschland zu schaffen und zu gestalten. Der 4. November 1989 in Berlin hatte Zeichen gesetzt, und die Ereignisse bis zu den freien, gleichen und geheimen Wahlen am 18. März haben die Entschlossenheit der Bürgerinnen und Bürger der DDR und auch der Bundesrepublik bekundet, die Vereinigung der beiden deutschen Staaten herbeizuführen und zu vollziehen.

Die Erklärung des Bundeskanzlers Helmut Kohl, als Zehn-Punkte-Programm in die Geschichte eingegangen, und meine Initiative „Deutschland - einig Vaterland“ am 1. Februar 1990 geben Zeugnis davon, daß sich beide Regierungschefs zur damaligen Zeit dieser historischen Herausforderung stellten und dazu Positionen bezogen haben.

(Einige Abgeordnete aus den Koalitionsfraktionen verlassen demonstrativ den Saal.)

Es geht bei der Wertung des heutigen Antrags daher nicht

um die Sache der Vereinigung an sich, es geht vielmehr um den demokratischen Vollzug und die nationale Verantwortung in dieser Stunde und beim gegenwärtigen Stand gemeinsamer Arbeit um Verhandlungen, aus denen auch gemeinsame Verantwortung erwächst. Es geht um die internationale Verantwortung, die wir in dieser Zeit tragen, die Vertrauen unserer Nachbarn und der europäischen Völker zu uns, den Deutschen, erfordert und dieses stärken muß. Wir brauchen Berechenbarkeit, sowohl die Regierung der DDR als auch wir als Parlament dieses Landes.

Wenn der Verteidigungs- und Abrüstungsminister noch unlängst erklärte, der 1. September 1992 wäre ein geeigneter Tag, um diesen Schritt zu vollziehen, und wir kommen heute und wollen mit einem Satz die Vereinigung der beiden deutschen Staaten vollziehen oder geradezu vollzogen haben, dann bleibt die Berechenbarkeit offen. Wir müssen uns auch dessen bewußt sein, daß Ängste bei unseren östlichen Nachbarn in Polen nicht ausgeräumt sind,

(Unruhe im Saal)

daß sie weiter bestehen und daß wir hier einen Schritt vollziehen, der eigentlich mit vielem anderen auch international von uns erwartet wird.

Ich könnte die Skala fortsetzen, die hier bereits genannt worden ist. Es geht um unsere Berechenbarkeit, und es geht um die Einbeziehung des internationalen europäischen Prozesses, und es geht darum - was der Außenminister zu Recht gesagt hat -, daß auch das, was international Recht ist, von uns beachtet sein muß.

(Beifall bei der PDS)

In der Regierungserklärung sprach der Ministerpräsident davon, daß er mit seiner Regierung die Bürger der Deutschen Demokratischen Republik in Würde und aufrecht in die Einheit führen wird. Über den Faktor der Zeit haben wir in den letzten Tagen und Wochen in der Tat viel gesprochen. Davon kommen wir nicht frei, dessen bin auch ich mir bewußt.

Wenn wir die letzten Wochen unserer Arbeit betrachten - ja, dann ist natürlich, immer wenn Kritik an der Güte der uns vorgelegten Gesetze geübt wurde, der Zeitfaktor genannt, also ein gewichtiges Wort. Was wir heute aber erleben, ist dann wohl der Nachweis der eigenen Unfähigkeit der Regierung, den komplexen und anspruchsvollen Prozeß der Vereinigung zu beherrschen und zu meistern,

(Protest bei CDU/DA, DSU und Liberalen, Beifall bei der PDS)

damit wir ihn wirklich mit einer solchen Qualität und einem Anspruch realisieren, den die Bürger der Bundesrepublik dann in dem vereinigten Deutschland von uns allen gemeinsam abfordern.

(Beifall bei der PDS)

Wir hätten bereits eine gültige Verfassung in diesem Land, wenn man selber konsequent - alle hier vertretenen Parteien - zu dem gestanden hätte, was einst am Runden Tisch gemeinsam erstritten und erarbeitet worden ist.

(Beifall bei PDS und Bündnis 90/Grüne)

Da diese Entscheidung zu einer solchen Verfassung in der Volkskammer nicht getroffen wurde, gehen wir also einer Situation entgegen, die auch eine verpaßte Chance - und die Geschichte wird es lehren - sein wird.

(Unruhe im Saal)

Hätte man nicht ausgehend vom Grundgesetz der heutigen Bundesrepublik und einer wirklich demokratischen Verfassung der DDR zu einem Volksentscheid über eine Verfassung eines künftigen vereinigten Deutschland kommen müssen?

(Beifall bei PDS und Bündnis 90/Grüne)

Jeder andere Schritt ist nicht mit der Wahl vom 18. März zu erklären und zu decken. Eine Entscheidung des Volkes ist eigentlich notwendig zu diesem Schritt.

Auch die Bundesregierung und der Bundestag wären eigentlich angehalten und herausgefordert, über Gleiches nachzudenken.